



Foto Detry

Griechen in Wut: Mitglieder der Kommunistischen Partei Griechenlands demonstrieren Anfang Mai auf der Akropolis gegen die Sparmaßnahmen der Regierung.

Die Tage des alten Griechenlands sind gezählt

Vor genau einem Jahr schlug in Athen die Stunde der Wahrheit: Das Defizit sei doppelt so hoch wie gemeldet, gestand die Regierung. Nun wird reformiert, was vorher keiner anzupacken wagte.

Von Michael Martens

ATHEN, im Oktober Giorgios Papakonstantinou kann sich vermutlich noch genau daran erinnern, was er heute vor einem Jahr getan hat, denn es war ein langer und harter Tag für ihn: Am 19. Oktober 2009, einem Montag, gestand der griechische Finanzminister, dass Griechenlands jüngstes Defizit deutlich höher ausfallen werde als von der damals gerade erst abgewählten Vorgängerregierung unter Kostas Karamanlis gemeldet. Das Loch im Staatshaushalt für das Jahr 2009 werde sich wohl nicht auf sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts belaufen, wie zuvor behauptet worden war, sondern voraussichtlich 12 oder sogar 13 Prozent betragen, sagte Papakonstantinou auf dem Treffen der europäischen Finanzminister in Luxemburg. Jean-Claude Juncker, der Vorsitzende der Euro-Gruppe, hielt nach dieser Enthüllung nicht zurück mit seinem Ärger: „Das Spiel ist aus. Wir brauchen vernünftige Statistiken“, forderte Luxemburgs Ministerpräsident.

Der 19. Oktober 2009 war zwar nicht der Stichtag für den Beginn der griechischen Krise, denn deren Ursachen sind vielfältig und liegen Jahre und Jahrzehnte zurück. Doch es war der Tag, an dem Griechenlands Misere endgültig unübersehbar wurde. Fortan ließ sich nichts mehr verschleiern. Das Spiel war tatsächlich aus.

Ein Jahr danach ist Griechenland gezeichnet von den Folgen des gewaltigen Modernisierungsaktes, den Ministerpräsident Giorgios Papandreou und seine Re-

gierung an ihrem Land vornehmen. Zwar liegen die regierende Panhellenische Sozialistische Bewegung (Pasok) und ihr Chef in Umfragen weiterhin deutlich vor der Konkurrenz, doch die Stimmung in dem von einer Sparmaßnahme nach der anderen überrollten Land ist nicht gut – alle wissen, dass ein Ende der Einschnitte noch nicht in Sicht ist. Es ist nicht verwunderlich, dass die Griechen nach Schuldigen suchen: Wer trägt die Verantwortung dafür, dass ihr Land dermaßen tief im Schuldensumpf versank? In der Bevölkerung genießt Papandreous Ankündigung, eine parlamentarische Untersuchungskommission werde den Vorgängen auf den Grund gehen, viel Unterstützung. Doch innerhalb der Pasok ist ein heftiger Streit darüber entbrannt. Zunächst hieß es, die Kommission solle nur die Zeit von 2004 bis 2009 untersuchen – jene Jahre also, in denen Griechenland von Karamanlis und dessen konservativer Volkspartei Nea Dimokratia regiert wurde. Als dann aber bekannt wurde, dass Papandreou den Zeitraum der Untersuchungen bis in das Jahr 2001 zurückverlegen möchte, erhob sich bei einigen Panhellenischen Sozialisten heftiger Widerspruch – denn zwischen 2001 und 2004 lenkte der damalige Pasok-Chef Kostas Simitis als Regierungschef die Geschicke des Landes.

Dabei haben die früheren Minister des Kabinetts Simitis nach Ansicht von griechischen Wirtschaftsfachleuten wenig zu fürchten. Simitis gilt als ein Ministerpräsident, der sich an ernsthaften Reformen zumindest versucht hat – und oft daran gescheitert ist, dass die griechische Gesellschaft damals nicht bereit war, auch nur kleine Änderungen hinzunehmen. An dieser Haltung zerbrach auch die von Simitis geplante Rentenreform, die viel von dem vorwegnehmen sollte, was neun Jahre später auf Druck der EU und des Internationalen Währungsfonds durchgesetzt wurde. Nicht wenige Wirtschaftsfachleute sind der Ansicht, dass eine rechtzeitige Reform der Rentenkassen und anderer Bestandteile des Sozialsystems Griechenland vor dem Schlimmsten hätte bewahren können.

Ein wichtiger Minister der damaligen Regierung, der seinen Namen nicht genannt sehen will, berichtet im Gespräch mit dieser Zeitung, wie damals der Ver-

such scheiterte. Griechenland vor dem finanziellen Untergang zu retten. „Nach dem Beitritt zur Euro-Zone, der mit vielen Reformen verbunden war, herrschte im Land die Ansicht, dass wir jetzt genug geleistet hätten. Die Leute wollten sich zurücklehnen und das Leben genießen. Niemand glaubte, dass eine Rentenreform nötig war.“ Erst in jüngster Zeit habe sich die Stimmung gewandelt. „Jetzt sind alle bereit, etwas nachzugeben. 2001 gab es diese Bereitschaft nicht“, sagt der Minister, der eine Schlüsselposition im Kabinett Simitis innehatte. Als Beispiel für die Stimmung vor einem Jahrzehnt nennt er die Gewerkschaft der griechischen Staatsbediensteten (Adedy), die unmittelbar nach der Einführung des Euros auf ihre Art für Reformen eintrat – die Beamten forderten eine Erhöhung ihrer Bezüge um 20 Prozent und traten in einen Streik. In der Pasok sei es ähnlich gewesen: „Die Mehrheit unserer Partei war für den Klientelismus. Das war die generelle Auffassung in Griechenland: Wer die Wahlen gewinnt, versorgt seine Leute mit Jobs oder erhöht ihre Gehälter. Das war auch unter dem konservativen Ministerpräsidenten Mitsotakis nicht anders, wurde aber von Karamanlis auf die Spitze getrieben.“ Das Ende der Rentenreform wurde laut Darstellung des Politikers allerdings auch von einer Zunft herbeigeführt, die sonst ständig Reformen fordert: „Es ging ein großer Aufschrei durch die gesamte Gesellschaft, aber führend waren die Journalisten.“

Dieselben Leitartikel, die zuvor noch einer Grundsicherung Griechenlands das Wort geredet hatten, schrieben plötzlich dagegen an – weil sie den Sonderstatus ihrer eigenen Rentenkasse bedroht sahen. Diese Kasse wird nicht wie üblich aus den Einzahlungen der Versicherten und ihrer Arbeitgeber finanziert, sondern durch eine Sondersteuer von einem Prozent auf jede in einer Zeitung oder Zeitschrift veröffentlichte Anzeige. Dadurch gehört die Journalistenrentenkasse zu den reichsten des Landes. „Aber eine Steuer, die nur einer bestimmten Bevölkerungsgruppe zugutekommt, ist illegal. Deshalb haben wir diese Regelung abschaffen wollen. Doch nach vier oder fünf sehr turbulenten Tagen mit Generalstreik und einem konzertierten Mediengewitter mussten wir das zurücknehmen.“ Die freie Presse, unabhängig und

überparteilich, hatte ihr Werk getan. Eine verwässerte Version der Rentenreform, die danach verabschiedet wurde, hatte mit der Urfassung nicht mehr viel gemein. So trugen die hochdefizitären Rentenkassen weiterhin zur Verschärfung der staatlichen Schuldenlast bei. Auch andere Reformvorhaben der Regierung Simitis scheiterten an der Beharrungskraft einer Gesellschaft, die keinen Anlass dafür sah, sich zu ändern.

Die oft zu hörende Ansicht, die Regierung Simitis hätte ihr Programm aus Staatsräson ohne Rücksicht auf die politischen Kosten für die Pasok durchsetzen müssen (so wie es jetzt von Papandreou gemacht wird), lässt einen wichtigen Umstand außer Acht: Auf seinem letzten Parteitag als Chef der Pasok erhielt Simitis bei der Wahl zum Vorsitzenden trotz einer gewonnenen Parlamentswahl nur 72 Prozent der Stimmen. Es gab eine starke Opposition in der Partei, die aus Gewerkschaftern und mächtigen Berufsverbänden bestand, etwa dem der Ärzte. Diese Kräfte wollten keine Rationalisierung der Gesellschaft. „Eine Re-

gierung, die fast ein Drittel der eigenen Partei gegen sich hat, kann nicht nach Belieben handeln“, bestätigt der ehemalige Minister. Im Parlament, wo die Pasok mit 158 von 300 Sitzen nur über eine knappe Mehrheit verfügte, wäre das Gesetz zur Rentenreform nicht durchgekommen. Der Versuch, es gegen den Widerstand von großen Teilen der Pasok-Fraktion zu verabschieden, hätte zu einer Regierungskrise und zu vorzeitigen Neuwahlen geführt.

Doch so sehr das ehemalige Regierungsmitglied mit der eigenen Partei ins Gericht geht, so scharf ist seine Kritik an dem früheren Ministerpräsidenten Karamanlis, der in seiner zweiten Legislaturperiode allerdings eine noch knappere Mehrheit besaß als zuvor die Pasok – die Nea Dimokratia verfügte im Parlament nur über eine Stimme mehr als die Opposition. „Damit kann man vielleicht keine Rentenreform vornehmen – aber man hätte wenigstens die haarsträubende Ausgabenpolitik unterlassen können, die Karamanlis nur mit dem Ziel des Machterhalts verfolgte“, sagt der Politiker und nennt als Beispiele die Schaffung von 250 000 Stellen im öf-

fentlichen Sektor innerhalb weniger Jahre. Zugute gekommen sei Karamanlis, dass die EU-Kommission lange nicht auf das griechische Defizit geachtet habe. Zwar könne er das nicht beweisen, doch vermute er, dass die Kommission unter José Manuel Barroso in Staaten, deren Regierungen derselben politischen Parteienfamilie angehörten wie der portugiesische Chef der EU-Kommission (also der Fraktion der Europäischen Volkspartei), absichtlich nicht so genau hingesehen habe.

Der frühere Minister warnt davor, dass ein Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone nicht nur für das Land katastrophal enden werde. Schon die Ankündigung eines solchen Schritts werde unmittelbar zu einem Zusammenbruch der griechischen Banken führen, da alle Sparer, die dort Konten haben, sofort versuchen würden, ihr Geld abzuheben. Da die griechischen Banken im vergangenen Jahrzehnt vor allem auf dem Balkan stark expandiert haben, könne die Entscheidung über einen Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone in ganz Südosteuropa zu einer Bankenkrise führen.

Hoffen auf die Herbstferien

Frankreich protestiert weiter, der Treibstoff wird knapp / Von Michaela Wiegel

DEAUVILLE, 18. Oktober. „Nächste Tankstelle 10 Kilometer – kein Treibstoff!“ blinkt es auf der Warntafel auf der Autobahn A13. Eine volle Tankfüllung zu bekommen wird für Autofahrer in Frankreich immer mehr zur Geduldprobe. Wie an der Autobahn in die Normandie gehen in vielen Landesteilen den Tankstellen aufgrund der anhaltenden Streiks die Treibstoffreserven aus. Besonders Diesel wird knapp. Der größte Ölhafen in Fos-sur-Mer nahe Marseille arbeitet trotz mehrerer Räumungsversuche der Polizei nur eingeschränkt. An den zwölf Raffinerien des Landes geht der Auszustand auch am Montag weiter. Zusätzlich haben protestierende Lastwagenfahrer als „Zeichen der Solidarität“ viele Treibstofflager blockiert. Besonders das Autobahnnetz ist von Nachschubschwierigkeiten betroffen. Die Tankstellen, die noch über Vorräte verfügen, haben den Verkauf des kostbaren Sprits eingeschränkt. Nur gegen Vorzahlung und auch nur für maximal 30 Euro kann an einer der letzten geöffneten Tankstellen an der Normandieroute getankt werden. Die Warteschlange geht fast bis zur Autobahnausfahrt. Dabei hat der französische Verkehrsminister Bussereau versprochen, er werde nicht zulassen, dass der Treibstoff knapp werde. Premierminister Fillon sagte am Sonntagabend im Fernsehen: „Wir werden nicht erlauben, dass das Land blockiert wird. Es wird keine Knappheit geben.“ In den französischen Medien heißt es, mehr als 1000 Tankstellen seien mangels Nachschub geschlossen, Tausende weiter-



Fermé: Tankstelle in Reims

Foto dpa

streikt wird. Zwar geht die Beteiligung an den Arbeitsniederlegungen immer mehr zurück, doch die Störungen im Bahnverkehr bestehen fort. Eine von zwei Hochgeschwindigkeitsverbindungen funktioniert laut Fahrplan. Der Auszustand trifft vor allem den Regionalverkehr.

Regionale Unterschiede gibt es auch bei der Treibstoffversorgung. Paris und die Hauptstadtregion werden bevorzugt beliefert, während sich die Engpässe im Süden, im Südwesten sowie in der Region Zentrum verschärfen. Selbst das Heizöl soll in einigen Gegenden knapp gewor-

den sein. Der Präfekt der Region Normandier hat Arbeiter eines wichtigen Treibstoffdepots zwangsverpflichtet, um die Versorgung der Hauptstadt Paris aufrechtzuerhalten. Doch die Gewerkschaft CGT kritisiert, dass die Zwangsverpflichtungen das geltende Streikrecht unterliefern. Am Pariser Großflughafen droht das Kerosin auszugehen, sollte nicht bald Nachschub geliefert werden. Die Flughafenbetreiber haben mitgeteilt, noch über Treibstoffreserven für 48 Stunden zu verfügen – da trifft es sich gut, dass an diesem Dienstag aufgrund des sechsten nationalen Protesttages seit Monatsbeginn etwa 40 Prozent der Flüge ausfallen werden. Die Protestbewegung ebbt nicht ab, auch wenn Premierminister Fillon im Fernsehen das Durchhaltevermögen der Regierung beschwor. Auch an den Oberschulen ist noch keine Ruhe eingekehrt. Wieder kam es an Hunderten Oberschulen zu Störungen des Unterrichts. Am Montag lieferten sich vor einer Berufsschule im Pariser Vorort Nanterre Jugendliche gewalttätige Auseinandersetzungen mit Polizeikräften. Die Polizei setzte Tränengas ein.

Fillon hat gesagt, der Senat werde noch in dieser Woche der Rentenreform zustimmen, Konzessionen seien nicht möglich. Die Abstimmung der zweiten Parlamentskammer verzögert sich voraussichtlich; statt wie geplant am Mittwoch ist jetzt die Rede von einem Votum am Donnerstag oder Freitag. Die Regierung hofft inzwischen ganz unverhohlen auf die „besänftigende Wirkung“ der Herbstferien, die zum Ende der Woche beginnen.

DB BAHN

Betriebskosten senken.
Energiekosten senken.
Reisekosten senken.
Mach' ich im Zug.

Bahnfahrer nutzen ihre Zeit sinnvoll. Und sind schneller am Ziel.

- Berlin-Hannover im ICE unter 1½ Stunden
- Stuttgart-Frankfurt im ICE in nur 1½ Stunden

Ein kurzfristiger Geschäftstermin? Kein Problem. Ihr Ticket buchen Sie bequem bis kurz vor Abfahrt. Und Ihre Präsentation aktualisieren Sie bei einer Tasse Kaffee. In Ihrem mobilen Büro. Wo sonst lässt es sich so entspannt und schnell arbeiten: www.bahn.de.

Die Bahn macht mobil. Seit 175 Jahren.

Ihr Ticket unterwegs mit dem Handy buchen! m.bahn.de